

Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr aus gegeben.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Preußen. — Berlin, 18. Juli. Bei dem allgemeinen Interesse, welches die Ereignisse in Spanien in Anspruch nehmen, ist nur zu bedauern, daß dieselben für uns wenigstens bis zu diesem Augenblick noch in einem gewissen Nebel liegen. Auf die über Paris gekommenen telegraphischen Depeschen ist zur Beurtheilung auch nur der äußerlichen Lage der Dinge gar nichts zu geben. Wenn es z. B. heißt, ganz Spanien sei in Belagerungszustand erklärt worden, so ist das geradezu lächerlich. Wenn man ganz Spanien in Belagerungszustand erklären will, so muß man zunächst Herr der Situation sein und zwar in aller und jeder Beziehung. Wenn es nun aber auch wirklich wahr ist, daß die Emeute in Madrid unterdrückt worden, so ist es andererseits doch auch wieder nicht minder wahr, daß die Insurrection in den Provinzen noch fortdauert oder vielmehr erst recht beginnt, und da es bekannt ist, daß in solchen Angelegenheiten die Provinzen in Spanien eine weit größere Rolle spielen und Wichtigkeit haben als die Hauptstadt des Landes, so liegt die Lächerlichkeit jener sonderbaren Angabe auf der Hand. Gerade der Marschall D'Onnell war es ja, der uns noch vor einigen Jahren, indem er damals mit den Insurrectionellen aus Madrid auszog, den Beweis geliefert hat, daß der Hauptcoup der Revolutionen in Spanien in den Provinzen entschieden wird. Es ist darum auch auf die andere Mittheilung, daß die Insurrection in Madrid besiegt worden sei, selbst auch dann, wenn es sich mit der Sache wirklich so verhalten sollte, kaum ein Gewicht zu legen. Das Weitere bleibt abzuwarten. Hat aber jene sonderbare Mittheilung, daß ganz Spanien in Belagerungszustand erklärt worden sei, wirklich eine positive Bedeutung, so kann dieselbe im Hinblick auf den offensibaren Widerspruch dieser Mittheilung den tatsächlichen Verhältnissen in den Provinzen gegenüber nur im Sinne einer argen Verlegenheit der Regierung und namentlich des angeblich obliegenden Marschalls D'Onnell zu deuten sein. Es sind hier in Berlin noch einige weitere Depeschen als die bis jetzt durch die Zeitungen veröffentlichten angekommen. In Bezug auf das angeblich Thatsächliche stimmen sie mit den übrigen Depeschen im Allgemeinen zwar überein; doch wird in denselben das „Angebot“ jener Meldungen stark hervorgehoben, und es werden gleichzeitig ganz entschiedene Zweifel darüber ausgedrückt, daß sich die Dinge in Wirklichkeit so verhalten sollen. Von den angeblich republikanischen Rufem, die während der Emeute in Madrid gehört worden sein sollen, wird in diesen Depeschen nichts erwähnt. Sollten indessen solche Rufe wirklich laut geworden sein, so waren sie doch jedenfalls nur sehr vereinzelt, und es kann darum von denselben auf den Charakter der Bewegung umsonst geschlossen werden, als darüber ja nicht der entfernteste Zweifel obwaltet, daß es sich hier in der Hauptsache lediglich um einen Kampf zwischen D'Onnell und Espartero handelt. Hinsichtlich des Letztern melden die betreffenden Depeschen endlich noch, daß man in Paris bestimmt erwarte, daß derselbe die ihm ergebenen Truppen in den Provinzen zusammenziehen und mit denselben gegen Madrid marschiren werde. Die hiesige spanische Gesandtschaft hatte bis heute Mittag noch keine directen Mittheilungen aus Madrid, sondern nur Berichte aus Paris erhalten — ein Umstand, der für die Bedenklichkeit der Lage der Dinge in Madrid zu sprechen wol geeignet sein dürfte. — Auf die letzten Vorstellungen Englands und Frankreich in Neapel hat die neapolitanische Regierung, wie übrigens auch schon aus den jüngsten Parlementsverhandlungen über die italienische Frage hervorgegangen ist, geantwortet. Was wir von unterrichteter Seite über die Natur dieser Antwort vernehmen, ist nicht besonders freundlich für die Westmächte. Die neapolitanische Regierung erklärt nämlich, daß der König von Neapel in Sachen seiner eigenen Landes- und Regierungsangelegenheiten eben selbst zu bestimmen und sich keine Einmischung, von welcher Seite sie auch komme, gefallen zu lassen habe. Könne der König beider Sicilien Gnade willfahren lassen, so werde er es thun, gegen jede fremde Einmischung aber, unter welcher Form sie auch immer aufträte, müsse er sich auf das allerentschiedenste verwahren. Hier hätten wir also gleichzeitig auch eine Probe von dem Erfolge, welche die angeblichen Mahnungen Oesterreichs zu Neapel gehabt haben. Doch hierüber bedarf es wol keines Wortes weiter. Entschieden und bestimmt ist die neapolitanische Antwort nun allerdings, daß man ihr nicht absprechen; daraus folgt aber fürs erste nur, daß die Verhältnisse der Westmächte, und namentlich Frankreichs, zu Neapel nur noch um so gespannter werden. Wir glauben nicht, daß die Affectionen der neapolitanischen Regierung über angebliche muratistische Umtriebe der französischen Regierung unbekannt geblieben sein dürften. Ob und inwiefern die neapolitanische Regierung diese angeblichen Umtriebe mit den Reformnoten der Westmächte, resp. Frankreichs, direct in Verbindung bringt, wissen wir nicht; aber unter allen Umständen möchte das betreffende Moment nur geeignet sein, der schon an und für sich so schwierigen Stimmung Frankreichs noch eine gute Portion rotherer Gereiztheit hinzuzufügen. — Wenn ein

Fremder nach Berlin kommt und er sich unter Anderm auch das Rathhaus zeigen läßt, so muß er sich nicht wenig wundern, daß eine Stadt wie Berlin ein so unansehnliches, altes und gewissermaßen halb verfallenes Rathhaus besitz. Das Project, ein neues Rathhaus zu bauen, ist auch schon lange gehegt, aber nie zur Ausführung gebracht worden. Jetzt aber soll endlich Ernst gemacht werden. Der Magistrat hat nämlich zu dem beabsichtigten Bau des ganze Viertel von der Königsstraße bis zur Nagelgasse, einschließlich der Häuser, welche sich in dem betreffenden Bereich in der Königsstraße, der Spandauerstraße, der Jüdenstraße und der Nagelgasse befinden, um den Preis von circa 600,000 Thln. angekauft, und es sind die bezüglichen Contracte bereits abgeschlossen. Die betreffenden Häuser sollen indessen erst im Jahre 1860 geräumt werden, wo der Bau beginnen soll. Man beabsichtigt, ein Gebäude von der größten Pracht, einen wahren Stadtpalast hinzustellen. — Wir haben bereits früher einmal eines interessanten Steuerprocesses gegen die Volks-Zeitung Erwähnung gethan. Dieses Blatt hat nicht nur ein Vierteljahr-, sondern auch ein Monats- und ein Wochenabonnement. Hieraus folgt, daß die Auflage dieser Zeitung von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche einer Fluctuation unterworfen ist. Daher kann dieses Blatt auch am Beginne des Vierteljahrs, wenn die Zeitungssteuer entrichtet werden muß, unmöglich genau wissen, wie viele Exemplare im Laufe des Vierteljahrs gedruckt werden, und der annähernde Maßstab ihrer Besteuerung kann darum nur diejenige Höhe ihrer Auflage sein, welche sie an dem Tage, wo die Steuer entrichtet werden muß, druckt. Nun traf es sich, daß im Laufe eines Quartals die Auflage der Volks-Zeitung um einige Hundert Exemplare gestiegen war, weshalb der Fiskus einen Proceß wegen Steuerdefraudation gegen das Blatt erhob. Von Seiten der Volks-Zeitung wurde eingewendet, erstens, daß sie am Beginn eines Quartals unmöglich wissen könne, wie viele Abonnenten im Laufe des Quartals noch hinzutreten würden, und zweitens, daß die meisten der neu hinzutretenden Abonnenten aus Wochenabonnenten beständen, die oft nach acht Tagen wieder abgingen, und daß für das Wochenexemplar einer Zeitung doch unmöglich die Vierteljahrsteuer verlangt werden könne. Mit diesen Gründen, die in der Natur der Sache liegen, schien die Sache für die Volks-Zeitung auch gut zu stehen, indessen hat, auf eingeleitete Appellation, das Obergericht jetzt entschieden, daß für jedes einzelne Zeitungsexemplar, welches innerhalb eines Quartals, und wenn auch nur ein einziges mal, erscheine, die volle Quartalssteuer bezahlt werden müsse, und es werde die Volks-Zeitung hiernach verurtheilt. Diese Entscheidung ist von Wichtigkeit für die ganze Zeitungspressen. Zwar sind die größern Blätter, die kein Wochenabonnement haben, nicht in der besondern Lage der Volks-Zeitung; aber auch sie werden darum nicht minder von den Anomalien, die in dem Zeitungssteuergesetz liegen, betroffen. So wird z. B. gesagt, daß eine Zeitung für die nicht abgesetzten Exemplare am Schlusse des Quartals die bezahlte Steuer wieder zurückerhalten soll. Zu dieser Rückzahlung ist die Steuerbehörde auch bereit, aber sie fordert vorher die Vorlegung der vollständigen Vierteljahrnummern. Wenn nun ein Verleger am Ende des ersten Monats im Quartal einseht, daß er so und soviel Exemplare nicht absetzen werde, wird er die betreffenden Exemplare dann gleichwol noch fortdrucken lassen, bloß zur Zurückerhaltung der Steuer, am Schlusse des Quartals der Steuerbehörde vollständige Exemplare vorlegen zu können? Dann würde er, für Papier und Druckerlohn, ja viel mehr ausgeben müssen, als die Steuer beträgt. Solche Anomalien liegen nun gewiß nicht in der Absicht des Zeitungssteuergesetzes, aber eben darum tritt auch die Nothwendigkeit nur um so entschiedener hervor, daß das ganze Gesetz einer entsprechenden Revision unterzogen werde.

† Berlin, 18. Juli. In Betreff der Ergebnisse der Münzconferenz in Wien sollen die Nachrichten nicht so günstig lauten, als man erwartet hatte. Indessen hegt man hier die Hoffnung, daß die Bedeutung und die aus den Verhältnissen entspringende Unentbehrlichkeit der Sache selbst für den gesammten Deutschen Bund die Schwierigkeiten, welche einer vollständigen Einigung noch entgegenstehen, überwinden werden. Es ist bei dieser Gelegenheit noch hervorzuheben, daß von dem glücklichen Erfolge der wienener Münzconferenz die Verwirklichung des in Paris bei der dortigen Weltausstellung angeregten Gedankens hinsichtlich der Einführung eines übereinstimmenden Münz-, Maß- und Gewichtssystems in sämmtlichen Staaten Europas gleichsam abhängig ist. Die Aufmerksamkeit des europäischen Handelslandes ist deshalb auf das Ergebnis der Beratungen in Wien gerichtet, die einen mächtigen Grundstein zur Errichtung des ganzen großen Baus legen sollen. — Die Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft haben, „von dem immer lebhafter gefühlten und nach Einführung des neuen Concurverfahrens noch klarer hervorgetretenen Bedürfnis der Errichtung eines Handelsgerichts am hiesigen Plage durchdrungen“, der königlichen Staatsregierung einen Entwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 3. April 1847